Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3419**

16. Wahlperiode 10. 11. 2006

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Jan Korte und der Fraktion DIE LINKE.

Immobilienkäufe der rechtsextremen Szene

Seit einigen Jahren lassen sich vermehrte Versuche der extremen Rechten beobachten, in den Besitz größerer Immobilien zu gelangen, die dann als Treffpunkte, Veranstaltungsorte und Schulungszentren der Szene genutzt werden sollen. Die jüngste Auseinandersetzung um den geplanten Kauf eines Hotels in Delmenhorst durch den bundesweit bekannten Rechtsextremisten Jürgen Rieger ist nur das aktuellste Beispiel einer ganzen Kette solcher und ähnlicher Vorgänge, die in den betroffenen Regionen für einige Aufregungen gesorgt haben.

Das mit der verstärkten Immobiliensuche verbundene Ziel der extremen Rechten ist es, sich von öffentlichen Protesten und der damit verbundenen erschwerten Durchführung großer Saalveranstaltungen möglichst unabhängig zu machen. Konnten bisher zahlreiche Schulungs- und Konzertveranstaltungen der extremen Rechten durch bürgerschaftlichen Protest von engagierten Antifaschisten und Antifaschistinnen verhindert werden, so würde dieser Protest und auch der öffentliche Druck auf die Vermieter großer Veranstaltungsräumlichkeiten ins Leere laufen, wenn die extreme Rechte auf eine relevante Zahl eigener Veranstaltungsorte in der Bundesrepublik Deutschland zurückgreifen könnte.

Neben der ungestörten Durchführung eigener Veranstaltungen geht es der extremen Rechten mit der Immobilienfrage auch um die sichtbare Präsenz in bestimmten Orten und damit um wichtige Schritte auf dem Weg zu einer angestrebten kulturelle Hegemonie in einzelnen Regionen. So ist es kein Zufall, dass viele solcher Immobilien in ländlichen Regionen und Kleinstädten zu finden sind und als Anlaufpunkt für die gesamte Szene der extremen Rechten in der jeweiligen Region dienen.

Die von Jürgen Rieger erworbenen Häuser im niedersächsischen Dörverden und im thüringischen Pößneck sind Beispiele für eine solche Strategie. Nur dem Einsatz engagierter Initiativen in den jeweiligen Orten ist es zu verdanken, dass diese Orte ihre angestrebte Funktion bis heute noch nicht erfüllen können. Dennoch diente etwa die Immobilie in Pößneck der Durchführung des bis heute größten Konzertes der extremen Rechten in Thüringen, das 2005 mit mehr als 1 500 Neonazis im Anschluss an einen Landesparteitag der NPD stattfand.

Darüber hinaus lässt sich gegenwärtig eine weitere Tendenz beobachten: Mit der vor allem durch lokale Initiativen hervorgerufenen verstärkten Aufmerksamkeit für Immobilienkäufe aus der extremen Rechten gibt es vermehrt Versuche von Seiten der betroffenen Kommunen, einen solchen Kauf zu verhindern. Andere Interessenten werden gesucht oder die Kommune versucht selbst, die entsprechende Immobilie zu kaufen. Das führt nicht selten zu einer Erhöhung des Kaufpreises durch den Besitzer, weiß dieser doch um den öffentlichen Druck der auf den Kommunen lastet, wenn eine Kaufabsicht von Seiten der extremen Rechten vorliegt. Dieses Mittel der „Wertsteigerung“ wird von eini-

gen Besitzern offenbar schamlos genutzt: „Hausbesitzer und Neonazis arbeiten dabei oft Hand in Hand“ (DER TAGESSPIEGEL, 20. August 2006). Auch von Seiten der extremen Rechten wird dieser Mechanismus bewusst bedient. So bot die NPD in Jena einen „Service“ für Immobilienbesitzer an, bei dem gegen Zahlung einer Parteispende von Seiten der NPD das Interesse an bestimmten Objekten öffentlich kundgetan werde.

Zahlreiche Kommunen insbesondere in Ostdeutschland sind mit verstärkten Aktivitäten regionaler Kameradschaften und auch der NPD konfrontiert. Gerade beim Thema Immobilienkauf durch Angehörige der extremen Rechten fühlen sich viele dieser Kommunen alleingelassen, wird die Identität und politische Orientierung eines potenziellen Käufers oft doch erst nach erfolgtem Kauf für die Kommune erkennbar. Erwartet wird deshalb von kommunaler Seite eine stärkere Unterstützung durch staatliche Stellen, die möglicherweise frühzeitig auf den politischen Hintergrund potenzieller Käufer hinweisen könnten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Von wie vielen Immobilien im Besitz von Angehörigen der rechtsextremen Szene hat die Bundesregierung Kenntnis, die als Veranstaltungs-, Schulungs- oder Konzerträume genutzt werden bzw. genutzt werden können?
2. Wer sind die Besitzer und welche Rolle (Amts-, Mandatsträger, Parteifunktionäre, Kameradschaftsführer usw.) spielen diese innerhalb der rechtsextremen Szene?
3. Wo liegen diese Immobilien, und wie stellt sich die räumliche Verteilung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland dar?
4. Wie werden diese sich im Besitz von Angehörigen der extremen Rechten befindlichen Immobilien genutzt (bitte nach Art der Veranstaltung – Konzert, Parteiveranstaltung, Schulung – und nach einzelnen Immobilien aufschlüsseln)?
   a) Wie viele kommunale, landesweite oder Bundesparteitage der NPD fanden seit 2000 in solchen Immobilen statt (bitte nach Orten aufschlüsseln)?
   b) Welche dieser Immobilien werden von Kameradschaften genutzt, und wie sieht diese Nutzung aus?
   c) Wie viele Konzerte der extrem rechten Musikszene fanden seit 2000 in solchen Immobilien statt, und von wie vielen Menschen wurden diese Konzerte besucht (bitte nach Orten aufschlüsseln)?
5. Von welchen Immobilien, für die gegenwärtig eine Kaufabsicht von Angehörigen der extremen Rechten besteht, hat die Bundesregierung Kenntnis, und wo befinden sich diese Immobilien?
6. Haben staatliche Behörden in den letzten Jahren Kommunen vor geplanten Immobilienkäufen von Angehörigen der extremen Rechten gewarnt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis bezüglich des angestrebten Kaufs?
7. Wie viele und welche Immobilien aus kommunalen Landes- oder Bundesbesitz sind an Interessenten aus der extremen Rechten verkauft worden?
8. Sind der Bundesregierung fingierte Kaufangebote für Immobilien durch Angehörige der rechtsextremen Szene bekannt, die mit dem Zweck getätigt wurden, den Kaufpreis in die Höhe zu treiben, und wenn ja, wo und wann?

Berlin, den 9. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333